

Nr. 363D

09.12.2010

BOFAXE



Somalische Piraten in Hamburg vor Gericht: Strafverfolgung als Handlungsoption gegen Piraterie?

Autor / Nachfragen

**Dr. Patricia Schneider /
Fabian Giglmaier**
Institut für Friedensfor-
schung und Sicherheits-
politik an der Universität
Hamburg (IFSH)

Nachfragen:
schneider@ifsh.de

Webseite

<http://www.ifhv.de>

Fokus

Von dem laufenden Prozess vor dem Landgericht Hamburg werden wichtige Erkenntnisse für den Umgang mit dem Phänomen Piraterie erwartet; darüber hinaus fehlen noch systematische Lösungen.

Dieser Herausforderung begegnet das BMBF-geförderte Verbundprojekt:
„Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen“, siehe www.maritimesicherheit.eu

mit weiteren Quellenhinweisen und dem Arbeitspapier:
Hans-Georg Ehrhardt / Kerstin Petretto / Patricia Schneider: Security Governance als Rahmenkonzept für die Analyse von Piraterie und maritimen Terrorismus. Konzeptionelle und Empirische Grundlagen (2010).

In Hamburg wird gegenwärtig zehn Somaliern der Prozess gemacht, denen vorgeworfen wird, am 5. April 2010 das unter deutscher Flagge fahrende Schiff „MS Taipan“ angegriffen zu haben. Die Anklage wurde wegen gemeinschaftlich begangenen Angriffs auf den Seeverkehr (§ 316c StGB) in Tateinheit mit erpresserischem Menschenraub (§ 239a StGB) erhoben. Wie ist dieser Prozess als Option zur Bekämpfung der Piraterie zu bewerten?

In Anbetracht der Bedrohung von Menschen mit schweren Waffen und dem Angriff auf das Eigentum der Schiffseigner ist eine strafrechtliche Ahndung angezeigt. Im Falle der Verurteilung kann als wahrscheinlich gelten, dass sich die Angeklagten nach ihrer Entlassung nicht erneut den Piraten anschließen werden. Ein langjähriger Freiheitsentzug in einem fremden Land ist sicherlich eine unangenehme Erfahrung. Der Strafvollzug könnte genutzt werden, um den Angeklagten eine Ausbildung zu ermöglichen – und wenn sie nur lesen und schreiben lernen. Davon könnten sie nach ihrer Rückkehr nach Somalia profitieren. Eine generell abschreckende Wirkung auf andere somalische Piraten ist von dem Urteil jedoch wohl weniger zu erwarten. Man muss sich allerdings auch die übliche Alternative, die Catch-and-Release-Praxis (Entwaffnung und sofortige Freilassung), vor Augen halten. Von dieser ginge ein sehr deutliches Signal an andere Piraten aus: Die EU-Mission Atalanta beißt nicht. Unabhängig von möglichen Folgen steht das Gericht vor der großen Herausforderung, sich in die Situation der Angeklagten in ihrer Heimat eindenken zu müssen, um ein Urteil zu fällen und das Strafmaß festzulegen. Bei der abschließenden Bewertung der Prozesse wird man jedenfalls auch den beachtlichen Aufwand berücksichtigen müssen, den der Rechtsstaat hierbei betreibt. An voraussichtlich rund 20 Verhandlungstagen sind vier Richter (inkl. einer Vertretung), zwei Staatsanwälte, drei Übersetzer, 20 Strafverteidiger, vier Schöffen (inkl. zweier Vertretungen), Schriftführerin und rund ein Dutzend Justizvollzugsangestellter notwendig, um einen fairen und geordneten Prozess zu führen. Es wird weiterhin eine Vielzahl von Zeugen und Sachverständigen zu vernehmen sein. Letztlich kann der Prozess durch den Filter der Strafprozessordnung betrachtet so einen weiteren Einblick in die Situation in Somalia gewähren.

Das Phänomen der Piraterie ist unzureichend erforscht, ein überzeugender systematischer Lösungsansatz fehlt. Ein solcher muss viele Aspekte berücksichtigen und erfordert innovative Konzepte. Ein Aspekt liegt in der Strafverfolgung der Piraten. Verlauf und Ergebnis des Hamburger Prozesses werden wichtige Faktoren bei der Bewertung der verschiedenen Optionen der Strafverfolgung und des Strafvollzugs darstellen. Die deutsche Strafverfolgung steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Alternativen hierzu müssen dringend erarbeitet werden. Bis andere Handlungsoptionen geschaffen sind, muss sich die deutsche Justiz jedoch des Problems annehmen. Parallel stoßen auch Militäreinsätze (z.B. EU-Mission Atalanta) auf erhebliche praktische und rechtliche Schwierigkeiten, wie fehlende Verfahrensvorschriften beim Umgang mit Piraten. Daher ist ein umfassender Ansatz im Sinne einer „Security Governance“ oder „Vernetzten Sicherheit“ notwendig, der neben sicherheitspolitischen Erwägungen auch technische Abwehrmaßnahmen, ökonomische Bedürfnisse und rechtliche Erfordernisse berücksichtigt.

Verantwortung

Die BOFAXE werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben: IFHV, NA 02/33, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Tel.: +49 (0)234/32-27366, Fax: +49 (0)234/32-14208. Die BOFAXE werden vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt. Bei Interesse am Bezug der Bofaxe wenden Sie sich bitte an: ifhv-publications@rub.de

Für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser allein verantwortlich.